

# Freie Demokraten

Kreisverband  
Hildesheim **FDP**

**NIE GAB ES MEHR ZU TUN!**

**Kommunalwahlprogramm**

**für**

**den**

**Landkreis Hildesheim**

# Inhaltsverzeichnis

A. Bildung.....	4
1. Kita-Ausbau .....	4
2. Schule.....	4
a. Gebührenfreie Schülerbeförderung und gebührenfreie Schulbuchausleihe.....	4
b. Digitalisierung der Schulen:.....	4
c. Sanierung der Schulgebäude .....	5
B. Digitalisierung.....	6
1. Freies WLAN & digitale Innenstädte: .....	6
2. Digitale Kompetenz schaffen:.....	6
3. Kommunalpolitik digitalisieren: .....	6
4. Digitale Bürgerbeteiligung:.....	7
5. Digitaler Bürgerhaushalt und Mitmach-Portal:.....	7
6. Digitales Bürgeramt: .....	7
7. Regionale Online-Marktplätze & „Click & Collect-Homepages“ .....	8
8. Digitale Gewerbeanmeldung: .....	8
9. ÖPNV digital aufrüsten:.....	8
10. Digitales Parkleitsystem:.....	9
C. Kommunale Steuern und Abgaben / Kommunale Verwaltung .....	10
1. Vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge („Strabs“) in allen Gemeinden im Landkreis Hildesheim .....	10
2. Keine Erhöhung/ Senkung der aktuellen Gewerbesteuerhebesätze .....	10
D. Wirtschaft .....	11
1. Der Wirtschaft im Landkreis Hildesheim den Rücken stärken:.....	11
2. Gründergeist im Landkreis Hildesheim .....	11
3. Bürokratieabbau:.....	11
4. Interkommunale Zusammenarbeit: .....	12
5. Den Wandel der Arbeitswelt gestalten: .....	12
6. Chief Digital Officer: .....	12
E. Mobilitätskonzept .....	13
1. Öffentlicher Personennahverkehr im ländlichen Raum im Landkreis Hildesheim .....	13
2. Straßenbau im Landkreis Hildesheim .....	13
3. Autoverkehr in den Innenstädten .....	13
a. Vernetzte- & intelligente Ampelschaltung und 30km/h-Straßen.....	14
b. Umrüstung des ÖPNV auf alternative Antriebe.....	14
4. Fahrradverkehr in den Städten und Gemeinden im Landkreis .....	14
a. „Fahrrad-Autobahnen“ .....	14
b. Fahrrad-Stellplätze .....	14

F. Innenstädte mit Wohlfühlatmosphäre.....	15
G. Umwelt und Energie .....	16
1. Begrünung des öffentlichen Raums / moderne Beleuchtung zum Insektenschutz .....	16
2. Gelbe Tonne .....	16
3. Bäume für Neubürgerinnen und Neubürger.....	16
4. Klärschlammverbrennung .....	16
H. Katastrophenschutz .....	18
1. Corona-Pandemie.....	18
2. Hochwasserschutz.....	18
I. Gesundheitsversorgung.....	19
J. Errichtung neuer Wohn- und Gewerbegebiete .....	20
1. Ausweisung von Bauflächen.....	20
2. Mietpreisbremsen.....	20
K. Kultur .....	21
L. Erinnerungskultur .....	21
M. Häusliche Gewalt und Jugendschutz .....	22
N. Nachhaltige Haushaltspolitik .....	23

## **A. Bildung**

Wir Freie Demokraten machen uns für die weltbeste Bildung im Landkreis Hildesheim stark. Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen nach Schule, Ausbildung oder Studium in der Lage sind, neue Sachverhalte zu bewerten und selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Durch ihr eigenes Wissen und ihre Fähigkeit, Dinge miteinander zu verknüpfen, sollen sie so Verantwortung für sich, ihre Familien und unsere Gesellschaft übernehmen können. Die weltbeste Bildung ermöglicht es den Menschen, die Chancen, die wir ihnen bieten wollen, zu ergreifen und zu nutzen.

Für die Bildungsinhalte ist zuvorderst das Land Niedersachsen zuständig. Die Städte/Gemeinden und Landkreise sind aber für die bauliche und technische Ausstattung der Gebäude verantwortlich. Wir wollen daher im Landkreis Hildesheim in den nächsten Jahren dauerhaft mehr Geld etwa in die Sanierung der Schulgebäude, die Ausrüstung mit Internet-Infrastruktur, elektronische Tafeln, saubere Toiletten etc. investieren, um die Qualität der Bildung in Niedersachsen insgesamt voranzubringen.

### **1. Kita-Ausbau**

Der Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder ab dem ersten Lebensjahr muss vorangetrieben werden. Eine gut ausgebaute Kindertagesstätten-Landschaft ist ein Standortfaktor zur Anziehung von jungen Familien.

Wir fordern die Errichtung von weiteren Krippen und Kindergartenplätzen in den Gemeinden des Landkreises Hildesheim. Insbesondere sollte die Anzahl an Krippenplätzen erhöht werden. Dafür ist eine Finanzierung durch die verschiedenen staatlichen Ebenen vorzusehen. Auch sollten die Öffnungszeiten von Krippen und Kindergärten ausgeweitet werden, damit die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben erhöht wird. Ziel sollte auch sein, mehr Erzieherinnen und Erzieher zur Betreuung der Kindergruppen einzusetzen.

### **2. Schule**

#### **a. Gebührenfreie Schülerbeförderung und gebührenfreie Schulbuchausleihe**

Die Wahl der passenden Schule ist ein wichtiger Schritt für die weitere Zukunft von Kindern. Damit die Wahl der Schulform nicht vom Geldbeutel des Elternhauses abhängt, setzen wir uns für die gebührenfreie Schülerbeförderung in der Oberstufe und die gebührenfreie Schulbuchausleihe ein. Mittelfristig sind sämtliche Schulbücher zu digitalisieren und möglichst barrierefrei über Schullizenzen zur Verfügung zu stellen. Um Eltern und Kindern mehr Freiheit bei der Schulwahl zu geben, sollen außerdem die Schuleinzugsbezirke abgeschafft werden.

#### **b. Digitalisierung der Schulen:**

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Schulen in die Lage versetzt werden, mit der Zeit zu gehen und die vielfältigen Möglichkeiten der Digitalisierung für die Steigerung der Unterrichtsqualität zu

nutzen. Dabei beschränkt sich Digitalisierung nicht nur auf die Anschaffung interaktiver Tafeln; vielmehr kann verschiedene Lernsoftware genutzt werden, um starre Unterrichtsformen aufzubrechen und das Lernen individueller und passgenauer auf jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler auszurichten.

Die Ausrüstung mit digitaler-Infrastruktur (etwa elektronische Tafeln/Whiteboards), Bereitstellung von Laptops und Tablets für die Schülerinnen und Schüler) gehört zu den staatlichen Kernaufgaben. Wir Freie Demokraten fordern, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit bekommen, an einer digitalen Bildung teilzunehmen. Die Chancen digitaler Bildung wollen wir weiter stärken. Die Zeit während der Corona-Pandemie hat angedeutet, welche Möglichkeiten digitaler Bildung bestehen. Diese Potenziale wollen wir nutzen. Daher sprechen wir uns für einen umgehenden Abruf der Mittel aus dem Digitalpakt Schule aus. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler durch die Schule frühzeitig und kompetent zu einem souveränen und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien befähigt werden. Auch die weitere Anschaffung moderner Lehrmittel, wie interaktive Smartboards und Tablets, wollen wir weiter vorantreiben.

### **c. Sanierung der Schulgebäude**

Die Schulgebäude sind überwiegend in einem mangelhaften Zustand. Wir können es Kindern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den Angestellten nicht zumuten, in sanierungsbedürftigen Schulgebäuden tätig zu sein.

Es ist Aufgabe des Landkreises Hildesheim und der Kommunen als Träger die Schulgebäude zu sanieren und diese instand zu halten. An dieser Stelle darf nicht gespart werden. Dafür wollen wir in den nächsten Jahren dauerhaft mehr Geld investieren. Die Schulgebäude bedürfen sauberer hygienischer Toiletten, gut isolierter Fenster, Türen und Fassaden sowie mit digitaler Technik ausgerüstete Klassenräume.

## **B. Digitalisierung**

Schnelles Internet ist heute ein wesentlicher Standortfaktor für attraktive Regionen. Funklöcher und fehlende Anbindung verhindern wirtschaftliche Entwicklungen, etwa weil die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit Geschäftspartnern nicht funktioniert oder weil Aufträge verloren gehen. Moderne Arbeitsbedingungen und Homeoffice lassen sich nicht umsetzen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wählen sich andere Arbeitgeber.

Eine flächendeckende Versorgung mit einem hochleistungsfähigen Netz über 5G Glasfaser und Mobilfunk ist unerlässlich. Der Landkreis Hildesheim muss endlich mit einem Ausbauprogramm von LTE-Funknetzen und dem Aufbau von eigenen Giga-Glasfasernetzen im ländlichen Raum aktiv fördern. Wie die klassische Infrastruktur muss ein solches Netz Teil der Grundversorgung sein.

### **1. Freies WLAN & digitale Innenstädte:**

Wir Freie Demokraten fordern die flächendeckende Bereitstellung von kostenfreiem WLAN an allen zentralen Plätzen. In Fußgängerzonen und Innenstädten sollen zudem die Lademöglichkeiten für digitale Endgeräte ausgebaut werden. Hier ist die Wirtschaftsförderung gefordert, die Geschäfte zu sensibilisieren und ggf. zu unterstützen. Freies WLAN steigert die Attraktivität unserer Fußgängerzonen und Innenstädte. Mehr Lademöglichkeiten für digitale Endgeräte ermöglichen längere Aufenthalte. Diese Maßnahmen sind notwendig, um einem möglichen Aussterben der Innenstädte zuvor zu kommen.

### **2. Digitale Kompetenz schaffen:**

Die Chancen der Digitalisierung müssen auch in der Kommunalverwaltung genutzt werden. Als Querschnittsthema ist der Digitalisierung eine höhere Priorität einzuräumen. Um die notwendigen Kompetenzen hierfür zu schaffen, fordern wir die gezielte Schulung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Die Landkreise sollen zudem die Stelle eines Digitalexperten bzw. einer Digitalexpertin als zentrale Ansprechperson und zur Koordination von Digitalisierungsprojekten auf kommunaler Ebene einrichten. Die kommunale Verwaltung hinkt bei der Digitalisierung hinterher. Es bedarf deshalb der Aufstellung konkreter Digitalisierungskonzepte für Themen wie Smart Mobility oder E-Government in unseren Kommunen. Fehlende digitale Kenntnisse dürfen nicht länger der Grund dafür sein, dass die niedersächsischen Kommunen den Anschluss verlieren.

### **3. Kommunalpolitik digitalisieren:**

Für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und dem Engagement in der Kommunalpolitik muss auch die Arbeit in den kommunalen Gremien selbst modernisiert werden. Wir fordern deshalb die Ermöglichung von komplett digitalen Sitzungen, zumindest aber von sogenannten Hybridsitzungen. Beratungen, Abstimmungen und Drucksachen sollen in der Regel (teil-)digital

durchgeführt und vorgelegt werden. Viel zu oft scheitert das kommunalpolitische Engagement an der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger. Damit etwa auch Studierende oder junge Eltern regelmäßig an den Sitzungen kommunaler Gremien teilnehmen und sich einbringen können, müssen hierfür flexible Möglichkeiten geschaffen werden.

#### **4. Digitale Bürgerbeteiligung:**

Durch die Sonderregelungen in der Pandemie haben viele Gemeinden die Chancen der Digitalisierung genutzt, um die demokratischen kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse aufrecht zu erhalten. Eine digitale Beteiligung der Öffentlichkeit an den Sitzungen haben dabei aber nur wenige Kreise und Gemeinden ermöglicht. Wir fordern die Sitzungen der kommunalen Gremien grundsätzlich als Livestream ins Internet zu übertragen, um den Bürgerinnen und Bürgern eine vereinfachte Möglichkeit zu geben am politischen Diskurs ihrer Gemeinde teilnehmen zu können. Demokratie lebt von Beteiligung. Die technischen Möglichkeiten an öffentlichen Sitzungen digital teilzunehmen sind vor Ort für die Kommunalpolitiker vielfach geschaffen worden. Es ist notwendig, diese Möglichkeit der Teilnahme auch für Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen.

Die Rechtsgrundlage hierfür liegt mit § 64 Abs. 2 S. 2 und 3 NKomVG bereits vor. Dort heißt es: *„Film- und Tonaufnahmen von Mitgliedern der Vertretung mit dem Ziel der Berichterstattung sind in öffentlicher Sitzung nur zulässig, soweit die Hauptsatzung dies bestimmt. Abgeordnete der Vertretung können verlangen, dass die Aufnahme ihres Redebeitrags oder die Veröffentlichung der Aufnahme unterbleibt.“*

#### **5. Digitaler Bürgerhaushalt und Mitmach-Portal:**

Wir Freie Demokraten sprechen uns für sogenannte Bürgerhaushalte aus, bei denen die Bürgerinnen und Bürger über die Verwendung bestimmter Haushaltsmittel mitentscheiden dürfen. Die Bürgerhaushalte sollen dabei digital einsehbar sein und dynamisch die Einnahmen und Ausgaben der Kommune darstellen. Auch abseits der Haushaltsberatung wollen wir Freie Demokraten die Bürgerinnen und Bürger stärker am politischen Entscheidungsprozess beteiligen. Über Mitmach-Portale oder eine zentrale Bürger-App sollen sie auf Mängel aufmerksam machen oder aber eigene Vorschläge einbringen und diskutieren können. Bürgerhaushalte schaffen Transparenz und Akzeptanz für politische Entscheidungen. Diese müssen für jedermann nachvollziehbar sein. Gleichzeitig sollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt und ihre Ideen mit eingebunden werden.

#### **6. Digitales Bürgeramt:**

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein digitales Bürgeramt ein, in dem postalische Verwaltungsabläufe sowie Formulare und Anträge in Papierform der Vergangenheit angehören. In diesem Zuge fordern wir einen Rechtsanspruch für die Bürgerinnen und Bürger auf digitale Kommunikation mit Behörden. Bürgerdienste sind zügig und möglichst weitgehend zu digitalisieren

und in einem digitalen Amt zu bündeln. Öffnungszeiten müssen flexibilisiert werden. Das Bürgeramt stellt zu allererst eine Servicestelle für die Bürgerinnen und Bürger dar. Der Gang zum Amt darf deshalb nicht länger zur Hürde werden. Die Digitalisierung ermöglicht hierbei einen niedrigschwelligen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen.

### **7. Regionale Online-Marktplätze & „Click & Collect-Homepages“**

Um die Wettbewerbsfähigkeit des stationären Einzelhandels gegenüber dem Online-Handel zu stärken, fordern wir die Einrichtung regionaler Online-Marktplätze und digitaler Schaufenster. Auf diesen Online-Plattformen sollen lokale und regionale Unternehmen miteinander kooperieren und sich digital präsentieren können. Das Angebot sollte Informationen zur Anfahrt, Angebot und Öffnungszeiten und den individuellen Produkten enthalten. In Kooperation mit privaten Dienstleistungsunternehmen sollen die Kommunen den Händlern hierbei nicht nur die Technik zur Verfügung stellen, sondern auch Unterstützung bei der Einrichtung leisten.

Der Einzelhandel sieht sich starker Konkurrenz des Online-Handels ausgesetzt. Um an dieser Stelle den lokalen Unternehmen entgegen zu kommen sollen sich die Städte und Gemeinden des Landkreises Hildesheim dafür einsetzen, dass die Kosten für den Aufbau von „Click & Collect-Homepages“ durch die öffentliche Hand übernommen werden. Mit dem „Click&-Collect-System“ kann man Waren bei einem Unternehmen vorbestellen und die bestellten Artikel dann im Ladengeschäft abholen oder sogar nach Hause liefern lassen.

### **8. Digitale Gewerbeanmeldung:**

Damit es auch neue Unternehmen so leicht wie möglich haben, muss die digitale Gewerbeanmeldung vorangetrieben werden. In diesem Zuge sollen auch Gewerbeummeldungen und Gewerbeabmeldungen digital ermöglicht werden. Unsere Kommunen haben ein Interesse an neuen Gewerbeansiedlungen. Gewerbe-An- und -ummeldungen müssen deshalb schnell und unkompliziert möglich sein. Sie dürfen nicht an zu viel Bürokratie scheitern oder unnötig in die Länge gezogen werden.

### **9. ÖPNV digital aufrüsten:**

Für uns Freie Demokraten gehören WLAN sowie Lademöglichkeiten zu einem modernen öffentlichen Personennahverkehr (im Folgenden: „ÖPNV“) dazu. Weiterhin setzen wir uns für die Einrichtung eines App-basierten ÖPNV-on-demand-Systems durch Rufbus- und Ridesharing-Konzepte sowie für die Einführung eines digitalen Ticket-Systems ein. Wir möchten idealerweise landesweit – aber zumindest in den jeweiligen Verkehrsverbänden – die Einführung einer einheitlichen Verkehrs-App umsetzen, die auf Basis von NFC-Chips den individuellen Tarif beim Ein- und Auschecken berechnet. Daneben sollen alle Abfahrtszeiten sowie Verspätungen in Echtzeit verfügbar sein. Für eine echte Verkehrswende muss auch die Attraktivität des ÖPNV gestärkt werden. Die Fahrzeugflotten sind entsprechend zu modernisieren, damit sie auch gerne genutzt werden.

Gleichzeitig muss die Nutzung des ÖPNV vereinfacht und übersichtlicher gestaltet werden

#### **10. Digitales Parkleitsystem:**

Unter Smart Mobility verstehen wir Freie Demokraten eine intelligente Straßenführung in allen Städten und Gemeinden im Landkreis Hildesheim, die Vernetzung des ÖPNV sowie digitale Parkleitsysteme. Damit jede Bürgerin und jeder Bürger immer weiß, welcher Parkplatz gerade frei ist, sind Parkplätze etwa mit Sensoren auszustatten. Auch wenn autonome Mobilität noch nicht rechtlich möglich ist, wollen wir schon jetzt geeignete Rahmenbedingungen für autonomes Fahren schaffen und entsprechende Pilotprojekte auf den Weg bringen. Auch der Individualverkehr muss bei zukünftigen Verkehrskonzepten angemessen berücksichtigt werden. Lange Parkplatzsuchen schaden dem Verkehrsfluss und der Umwelt. Die digitale Koordination des Individualverkehrs kann diesen effizienter leiten oder dafür sorgen, dass Menschen den ÖPNV bevorzugen. Das autonome Fahren wird in naher Zukunft einen hohen Stellenwert in der Verkehrspolitik einnehmen.

## **C. Kommunale Steuern und Abgaben / Kommunale Verwaltung**

### **1. Vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge („Strabs“) in allen Gemeinden im Landkreis Hildesheim**

Die Strabs sollen abgeschafft werden, wenn die Gegenfinanzierung gesichert ist. Der Straßenbau ist eine hoheitliche Aufgabe im Zuge der Daseinsvorsorge. Die öffentliche Hand hat daher die Kosten dafür zu tragen.

Das Land Niedersachsen ist hier in der Pflicht, die Kosten für den kommunalen Straßenausbau zu übernehmen. Die Bürgerinnen und Bürgern sollten nicht mit hohen Beiträgen zum Straßenausbau herangezogen werden, nur weil sie zufällig Anwohner der sanierten Straße sind.

Eine solide Gegenfinanzierung kann nur über eine Einbeziehung des Landes Niedersachsen erfolgen. Niedersachsenweit beliefen sich die Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen bisher auf jährlich einen hohen zweistelligen Millionenbetrag. Für die einzelnen Kommunen stellen sie teilweise eine wichtige Einnahmequelle dar, im Verhältnis zum Landeshaushalt machte die Summe zuletzt allerdings lediglich 0,033 Prozent des Gesamtetats aus. Ein Beitrag, den sich Niedersachsen unserer Meinung nach leisten kann und leisten sollte.

### **2. Keine Erhöhung/ Senkung der aktuellen Gewerbesteuerhebesätze**

Zur Stärkung der lokalen Unternehmen und zum Anziehen weiterer Betriebe machen wir uns dafür stark, dass die Gewerbesteuer – soweit es mit den jeweiligen Finanzen einer Gemeinde vertretbar ist – gesenkt wird. In jedem Falle sollte die Gewerbesteuer nicht weiter erhöht werden. Durch die Wirtschaftskrise sind vielen Unternehmen in Schwierigkeiten geraten. Der lokalen Wirtschaft soll daher mit einer Reduzierung der Gewerbesteuer geholfen werden.

Auch wird durch eine Absenkung der Gewerbesteuer die Attraktivität des Landkreises Hildesheim gesteigert. Es ist davon auszugehen, dass sich aufgrund der geringeren Steuersätze neue Betriebe hier niederlassen werden. Durch eine Erhöhung der Unternehmensanzahl wird auch die Zahl der Gewerbesteuereinnahmen insgesamt erhöht werden. Eine Senkung der Gewerbesteuer erhöht die Attraktivität des Standortes des Landkreises Hildesheim auch gegenüber den kommunalen Wettbewerbern aus Hannover und Braunschweig.

## **D. Wirtschaft**

Viele Unternehmen stellt der demographische Wandel und die dauerhafte Einbindung von Fachkräften vor Herausforderungen.

Die Unternehmen sollten daher von der öffentlichen Hand bei der Anwerbung von Fachkräften unterstützt werden. Dazu gehört u.a. auch die Bereitstellung

- einer guten Kita- Schul- und Universitätslandschaft,
- einem gut ausgebauten Straßen- und Schienennetz,
- einer lebenswerter Freizeit-Infrastruktur (schöne Innenstädte, Spielplätze, Parks etc.) und
- einer flächendeckenden Versorgung von privaten Haushalten und Unternehmen mit schnellem Internet.

Die FDP setzt sich für Wirtschaftswachstum und ein wirtschaftsfreundliches Umfeld im Landkreis Hildesheim ein. Der Landkreis Hildesheim muss ein attraktiver Standort für Unternehmensgründung-, -ansiedelung und -expansion sein.

### **1. Der Wirtschaft im Landkreis Hildesheim den Rücken stärken:**

Der Mittelstand ist Rückgrat unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes. Der Landkreis Hildesheim und die Städte und Gemeinden müssen deshalb selbstverständlicher Partner der Wirtschaft sein. Denn nur durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure gelingt es auch in der Zukunft, Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort zu sichern, Innovationen voranzutreiben und damit die Wirtschaftskraft des Landkreises Hildesheim und der Region zu stärken. Nachhaltiges Wachstum ist zudem der beste Weg, um die schweren wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden.

### **2. Gründergeist im Landkreis Hildesheim**

Als FDP setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen Unternehmen bei Neugründungen und Erweiterungen zur Seite stehen. Wir wollen deshalb die kommunale Wirtschaftsförderung stärken. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen verbessert werden. Neben einer lückenlosen Versorgung mit Glasfaser- und Mobilfunk-Netz gehört hierzu auch Verkehrsinfrastruktur. Außerdem muss unnötige Bürokratie dringend abgebaut werden. Insbesondere neu gegründete Firmen müssen unkompliziert die Unterstützung erhalten können, die sie benötigen. Dabei sollten vermeidbare Behördengänge der Vergangenheit angehören.

### **3. Bürokratieabbau:**

Auch die Kommunen sind von der überbordenden Bürokratie zu befreien. Insbesondere die Vorgaben bei der Ausweisung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie die immer komplexeren

rechtlichen Vorgaben im Vergaberecht führen dazu, dass unsere Kommunen den Ausbau ihrer Infrastruktur und der Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht mehr in angemessener Zeit umsetzen können. Zudem führen die immer komplexeren rechtlichen und tatsächlichen Vorgaben zu massiven Mehrausgaben, gerade bei kleineren Gemeinden.

#### **4. Interkommunale Zusammenarbeit:**

Die FDP setzt sich außerdem für eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung und der Unterstützung von Unternehmen ein. Neben regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften schließt auch das Ausweisen von gemeinsamen Gewerbegebieten ein.

#### **5. Den Wandel der Arbeitswelt gestalten:**

Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Gerade die Digitalisierung sorgt dabei für weitreichende Veränderungen: Neue Berufsbilder und Geschäftsmodelle entstehen, während die Bedeutung anderer nachlässt. Zugleich steigt der Wunsch der Beschäftigten nach mehr Flexibilität und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Freizeitaktivitäten wie dem Ehrenamt. Die Verwaltung sollte bei neuen Arbeitsformen mit gutem Beispiel vorangehen und ein moderner Arbeitgeber sein.

#### **6. Chief Digital Officer:**

Um die Digitalisierung vor Ort in der Kommune voranzutreiben setzen wir uns zudem für die Schaffung eines Chief Digital Officers auf Kreis- bzw. Stadtebene ein, der strategisch die Digitalisierung koordiniert und entwickelt.

Die FDP setzt sich zudem für eine starke Gründerkultur ein. Denn Start-Ups sind ein entscheidender Innovationsmotor in einer neuen Arbeitswelt. Diese gilt es daher, bestmöglich zu unterstützen. Die Unterstützung insbesondere im beratenden Bereich sollte dabei nicht nach einer kurzen Frist auslaufen, sondern langfristig angelegt sein.

## **E. Mobilitätskonzept**

Individuelle Mobilität ist eine Errungenschaft und eine unverzichtbare Lebensgrundlage unserer Gesellschaft. Sie erweitert Möglichkeiten der individuellen Lebensgestaltung, sie bedeutet Wachstum, wirtschaftlichen Austausch und effiziente Arbeitsteilung – sie ist unverzichtbar für Freiheit und Wohlstand in unserem Land. Einer Verkehrswende, die den Menschen ausschließlich auf das Fahrrad, in die E-Mobilität oder in den öffentlichen Personennahverkehr (im Folgenden: „ÖPNV“) zwingen und den Verbrennungsmotor vollständig und zeitnah verbieten will, stellen wir uns entgegen. Flexibilität und Freiheit sind hier die Stichworte.

### **1. Öffentlicher Personennahverkehr im ländlichen Raum im Landkreis Hildesheim**

Wir wollen den ländlichen Raum besser anbinden. Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden. Insbesondere in der Nacht – sowie an Sonn- und Feiertagen - wollen wir mit Angeboten wie Nachtbussen oder Anruf-Sammeltaxis erreichen, dass Menschen noch nach Hause kommen. Wir wollen jungen Menschen in Schule und Ausbildung mehr Mobilität ermöglichen, indem die Schülerbeförderung auch in der Sekundarstufe II kostenlos wird.

Im ländlichen Raum wollen wir insbesondere die klein- und mittelständischen Verkehrsunternehmen bei der Umstellung auf eine klimaneutrale und alltagstaugliche Mobilität fördern und damit den ÖPNV im Landkreis Hildesheim klimaneutral, kundenfreundlich und alltagstauglich aufstellen. Auch die Barrierefreiheit im ÖPNV muss gewährleistet sein.

Ländliche Regionen werden weiterhin auf motorisierten Individualverkehr angewiesen sein. Wir wollen diesen Verkehr besser mit dem ÖPNV koppeln, damit sich die Angebote gegenseitig ergänzen. Bahn- und Bustaktung müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Kostenfreie Parkplätze an Bahnhöfen müssen ausgebaut werden - auch, um Fahrgemeinschaften und Mitfahrgelegenheiten zu unterstützen. Die Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, einfacher und günstiger Mitglied in regionalen Verkehrsverbänden – etwa dem Hannoverschen GVH – zu werden und diese Mitgliedschaften miteinander zu kombinieren.

### **2. Straßenbau im Landkreis Hildesheim**

Die öffentliche Hand sollte umfassend in den Straßenbau investieren. Straßenbau ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürgern von Verkehrslärm und Abgasen. Die Kreisstraßen sollten modernisiert bzw. saniert und von Schlaglöchern befreit werden.

### **3. Autoverkehr in den Innenstädten**

Es muss auch künftig möglich sein, mit dem Auto in die Innenstädte zu fahren. Eine komplett autofreie Innenstadt lehnen wir ab. Eine Verkehrsberuhigung einzelnen Straßen kann sinnvoll sein. Entsprechende Regelungen werden von den Städten und Gemeinden im Einzelfall erlassen.

#### **a. Vernetzte- & intelligente Ampelschaltung und 30km/h-Straßen**

Allerdings sind die Innenstädte der Gemeinden durch den Straßenverkehr teilweise stark belastet. Um die Lebensqualität in den Innenstädten zu erhöhen und um eine gute Verweil- und Einkaufsatmosphäre zu schaffen, sollten die Lärm- und Abgasemissionen durch den Straßenverkehr – durch Geschwindigkeitsbeschränkungen und ggf. Einbahnstraßen – gesenkt werden.

Zum Schutz von Passanten und Fahrradfahrern sowie zur weiteren Emissionsreduktion könnte etwa weitere Einbahnstraße eingerichtet werden. Dazu kann eine

- Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf den Straßen in der Innenstadt – wenn möglich und sinnvoll – auf 30 km/h sowie
- eine flächendeckende, sensorgesteuerte und vernetzte Ampelschaltung

beitragen.

#### **b. Umrüstung des ÖPNV auf alternative Antriebe**

Auch sollten die Busse des kommunalen Stadtverkehrs sukzessive auf klimaneutrale Antriebe – etwa Wasserstoff-, Elektro-, synthetische Kraftstoffe- oder auch (Bio-) Gasantriebe – umgestellt werden. Die Parkmöglichkeiten für PKW sollten erhalten und ggf. ausgebaut werden. Die Gemeinden im Landkreis und der Landkreis Hildesheim selbst sollten Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe bereitstellen. Die Möglichkeiten des so. Park & Ride-Verkehrs sollten ausgebaut werden.

### **4. Fahrradverkehr in den Städten und Gemeinden im Landkreis**

Wir Freien Demokraten fordern, die Fahrradwege konsequent auszubauen. Der Fahrradfahrer soll endlich als gleichberechtigter Verkehrsteilnehmer anerkannt werden. Im Innenstadtbereich soll der Ausbau und die Errichtung von Radwegen vorangetrieben werden.

#### **a. „Fahrrad-Autobahnen“**

Wir Freien Demokraten fordern die Errichtung von sog. „Fahrrad-Autobahnen“. Dies sollen besonders breite Radwege sein, auf denen Radfahrer – ohne Beeinträchtigung durch den Autoverkehr – gut, schnell und sicher fahren können.

#### **b. Fahrrad-Stellplätze**

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass weitere Fahrradstellplätze errichtet werden. Sollte der Platz an bereits jetzt unterversorgten Orten nicht ausreichen, um mehr Stellplätze zu errichten, sollte die Errichtung von Fahrradparkhäuser bzw. mehrstöckigen Stellplätzen geprüft werden.

## **F. Innenstädte mit Wohlfühlatmosphäre**

Wir Freien Demokraten fordern die Schaffung von lebenswerten Innenstädten, die zum Flanieren und Verweilen einladen. Die Innenstädte sollten häufiger begrünt werden. Weitere Flächen für Pflanzen und Rasen sollten geschaffen werden. Die bereits bestehenden Grünanlagen sollten ausgebaut und gut gepflegt werden. Innenstädte zum Wohlfühlen stärken nicht nur die allgemeine Lebensqualität in unserer Region, sondern auch Einzelhandel und Gastronomie.

Viele Geschäfte sehen sich erheblichem Konkurrenzdruck seitens des Onlinehandels ausgesetzt. Eine stärkere Regulierung des Onlinehandels zugunsten der Innenstädte lehnen wir ab. Vielmehr muss das kulturelle und soziale Angebot der Städte gestärkt werden. Die bislang häufig vernachlässigte Nutzung der Innenstädte als Wohnraum sollte wieder stärker in den Blick genommen werden.

Flankiert werden sollen diese Maßnahmen durch die Errichtung eines freien W-LAN-Netzes in den Innenstädten.

## **G. Umwelt und Energie**

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine nachhaltige Umweltpolitik ein. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen und dringen auf dessen Berücksichtigung bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

### **1. Begrünung des öffentlichen Raums / moderne Beleuchtung zum Insektenschutz**

Ein wichtiger Bestandteil des Klimaschutz ist die Aufforstung und der Erhalt der Grünflächen. Wir wollen diese erhalten und erweitern, besonders in den Stadtbereichen. Ebenso setzen wir uns für die Errichtung von Blühwiesen ein. Etwa an ansonsten dafür nicht genutzten öffentlichen Raum – etwa an Bushaltestellen – ein.

Wir möchten die öffentliche Beleuchtung in den Städten und Gemeinden im Landkreis Hildesheim modern und effizient gestalten. Leidtragenden von zu intensivem Licht sind vor allem Insekten. Daher wollen wir die öffentliche Beleuchtung attraktiver und umweltfreundlicher gestalten. Beim Bau neuer Straßenlaternen soll darauf geachtet werden, warmes anstatt kaltes Licht einzusetzen und die Lichtquellen nach oben hin abzuschirmen.

Außerdem soll seitens der kommunalen Verwaltungen geprüft werden, ob die öffentliche Straßenbeleuchtung zeitweise komplett ausgeschaltet oder die Intensität gesenkt werden kann. Zudem sollte der Einsatz von Bewegungsmeldern für Straßenlaternen in Betracht gezogen werden.

### **2. Gelbe Tonne**

Zur Stärkung des Umweltschutzes fordern wir die beschleunigte Einführung einer gelben Tonne, anstatt der bisherigen gelben Säcke. Dadurch können zahlreiche weitere - auch nicht mit dem grünen Punkt gekennzeichnete Wertstoffe - zurückgewonnen werden. Hierdurch wird unnötiger Plastikmüll vermieden und die Verteilung selbigen durch kaputte Säcke verhindert. Zudem sollen Bürgerinnen und Bürgern für eine bessere Mülltrennung sensibilisiert werden.

### **3. Bäume für Neubürgerinnen und Neubürger**

Um auch in der Zukunft Sensibilität für unsere Umwelt zu schaffen, soll symbolisch allen Neubürgerinnen und Neubürger in den Kommunen im Landkreis Hildesheim ein Baum geschenkt werden. Diese Bäume sollen auf der eigenen Grünfläche oder auf öffentlichen Flächen gepflanzt werden.

### **4. Klärschlammverbrennung**

Wir sprechen uns für den Bau der Mono-Klärschlamm-Verbrennungsanlage am Hildesheimer Hafen aus. In der Anlage wird wertvolles Phosphat zurückgewonnen. Der durch die Klärschlammverbrennung gewonnene Strom kann als Öko-Strom in das lokale Stromnetz eingespeist werden. Die bei der Verbrennung entstehenden Abgase müssen durch moderne Filteranlagen reduziert werden. Langfristig soll das entstehende CO<sub>2</sub> (und ggf. andere Treibhausgase) zurückgewonnen werden. Gewonnene Wärmeenergie kann das Fernwärmenetz

unterstützen. Auf diese Weise kann man mit nachhaltiger Energie zur ökologischen Stromerzeugung beitragen.

Die Anlieferung des dafür benötigten Klärschlammes aus weiteren niedersächsischen Kommunen kann per Bahn und Schiff erfolgen. Der LKW-Verkehr sollte in diesem Zusammenhang – wenn möglich – reduziert werden.

## **H. Katastrophenschutz**

Wie man im Rahmen der Corona-Pandemie und auch im Zuge der schweren Unwetter/Überflutungen in Südwestdeutschland im Juli 2021 gesehen hat, muss allgemein für den Katastrophenschutz auch seitens des Landkreises Hildesheim besser vorgesorgt werden.

### **1. Corona-Pandemie**

Der Landkreis Hildesheim muss als bürgernahe Behörde die Ausführung der Schutzmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie transparent und verständlich gestalten. Informationen zur Bewältigung von Pandemie-Situationen müssen zeitnah und bürgerfreundlich aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Das Gesundheitsamt des Landkreises Hildesheim ist personell und materiell zu verstärken. Öffentliche Gebäude, insbesondere Kitas, Schulen, Universitäten, Fachhochschulen sowie Räumlichkeiten, in denen regelmäßig eine Vielzahl von Personen zusammenkommt (etwa Wartebereiche von Bürgerämtern), sollten mit Luftfilteranlagen zur Reinigung der Atemluft ausgerüstet werden, um die Virenlast zu reduzieren.

### **2. Hochwasserschutz**

Der Landkreis Hildesheim muss sich auf das nächste Hochwasser vorbereiten. Neue Deiche und Überschwemmungsflächen müssen geschaffen und endlich ausgebaut werden. An dieser Stelle sollte mit den angrenzenden Landkreisen der Harzregion kooperiert werden.

Zudem muss in die Anschaffung von technischen Geräten investiert werden und die Bevölkerung für das richtige Verhalten im Katastrophenfall sensibilisiert werden. Insbesondere die Installation von Sirenen und Warnsystemen sollte im Landkreis Hildesheim überprüft und ggf. verbessert werden.

## **I. Gesundheitsversorgung**

Wir sind für die Etablierung eines dreistufigen Versorgungssystems

- von regionalen Gesundheitszentren (Basisversorgung),
- zu Regionalversorgern mit eventueller Spezialisierung (größere Gemeinschaftspraxen, kleinere Krankenhäuser) und
- Maximalversorgern (reguläre Krankenhäuser).

Durch Zusammenlegung und Spezialisierung von Krankenhäusern kann der Personalmangel bei Ärzten und Pflegepersonal gemildert und die Versorgungsqualität wesentlich verbessert werden.

Für Regionen ohne Krankenhausstandort bedarf es eines Ausgleichs. Dieser kann durch den weiteren Auf- und Ausbau Medizinische Versorgungszentren (MVZ) geschehen sowie durch eine wesentliche Verstärkung des Rettungsdienstes.

Zusätzlich sollten regionale Notfalleitstellen umfänglich ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Einführung eines Priorisierungssystems zur effizienten Vermittlung von Patientenströmen an 24 Stunden am Tag und sieben Tagen der Woche.

Das Gesundheitsamt des Landkreises Hildesheim ist personell und materiell zu verstärken. Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass hier mehr Ressourcen eingesetzt werden müssen.

## **J. Errichtung neuer Wohn- und Gewerbegebiete**

Wir Freie Demokraten stehen einer weiteren Bebauung grundsätzlich positiv gegenüber.

### **1. Ausweisung von Bauflächen**

Wir Freie Demokraten erteilen Ansätzen, die eine Neuausweisung von Bauflächen komplett verbieten wollen, eine klare Absage. Allerdings ist bei der geplanten erstmaligen Bebauung von Ackerböden stets die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens gegenüber den geplanten Zielen der Neubebauung abzuwägen. Der Nachverdichtung vorhandener Siedlungsstrukturen und der Umnutzung von Gewerbe-, Verkehrs- und Industrieflächen im Sinne des Klimaschutzes ist grundsätzlich der Vorrang vor einer großflächigen Versiegelung zusätzlicher Flächen einzuräumen. Wir möchten es Ortschaften und Stadtteilen, insbesondere im ländlichen Raum, ermöglichen, auch das Bauen in zweiter Reihe zuzulassen.

Wir sprechen uns für die Errichtung neuer Wohn- und Gewerbegebiete im Landkreis Hildesheim aus. Die Städte- und Gemeinden im Landkreis Hildesheim benötigen eine moderne Wohnbebauung. Dazu gehört für uns eine Zulassung von zwei Vollgeschossen. Der Landkreis soll als familien- und wirtschaftsfreundlicher Standort Platz für den Zuzug von Familien und Arbeitskräften bieten.

### **2. Mietpreisbremsen**

Hürden für den Wohnungsbau wie etwa die Mietpreisbremse oder den verfassungswidrigen Mietendeckel nach Berliner Vorbild lehnen wir ab, weil diese Instrumente nachweislich keine neuen Wohnungen ermöglichen und zu einer Verknappung des Angebots an Mietwohnungen geführt haben. Für die Bewältigung des Wohnraum Mangels muss die Schaffung von Wohnraum Vorrang vor der Einführung weiterer Hemmnisse haben. Genossenschaftliches Bauen soll durch den Landkreis Hildesheim sowie die Städte und Gemeinden im Landkreis aktiv gefördert werden.

## **K. Kultur**

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine starke und ausgeprägte Kulturlandschaft im Landkreis Hildesheim ein.

Die Attraktivität einer Region und Stadt bemisst sich auch nach dem kulturellen Angebot. Städte verfügen häufig über ein Angebot, das nicht nur die Stadtbewohner selbst nutzen. Theater, Museen, Büchereien oder Sehenswürdigkeiten strahlen weit über die Stadtgrenzen hinaus. Weiterbildungsinstitutionen wie die Volkshochschule tragen ebenfalls zur Attraktivität der Städte bei. Um die Städte und Gemeinden im Landkreis Hildesheim weiterhin attraktiv zu halten sind allerdings Anstrengungen nötig. Die einseitige Ausrichtung auf eine Einkaufsinnenstädte bzw. Ortskern ist wenig innovativ und wird vor dem Hintergrund des weiterhin florierenden Onlinehandels und der Outlet-Center vor große Probleme gestellt. Durch innovative Konzepte im Landkreis Hildesheim sollen kulturelle Angebote verstärkt von den Städten auf das Land gebracht werden.

Die Kulturbranche hat stark unter den Corona-Maßnahmen gelitten. Deshalb wollen wir Spontanpartys für die Zeit nach Corona legalisieren, um diese einerseits zu unterstützen und andererseits das Nachtleben in den Städten und Gemeinden im Landkreis Hildesheim anzukurbeln. Für kleine Kulturveranstaltungen, wie z.B. Musik- und Tanzveranstaltungen, möchten wir eine Spontanmeldung einführen. Auf von der Kommune ausgewiesenen Freiflächen soll für Veranstaltungen, zu denen weniger als 500 Teilnehmer erwartet werden, eine Anmeldung über ein Onlineformular bis zu 24 Stunden vorher ausreichen.

## **L. Erinnerungskultur**

Mit wachsender zeitlicher Distanz zur NS-Zeit wird es in Schulen bald nicht mehr möglich sein Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Unterricht zu erleben. Wir setzen uns deshalb für neue Konzepte schulischer Erinnerungskultur ein. Neben Besuchen von Konzentrationslagern und Gedenkstätten, sollen durch die aktive Pflege von Stolpersteinen durch Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Unterrichts die lokale Geschichte und die persönlichen Schicksale von Mitgliedern der eigenen Heimatgemeinde vermittelt und greifbar gemacht werden.

### **M. Häusliche Gewalt und Jugendschutz**

Die Situation der Frauenhäuser in Niedersachsen ist durch chronischen Platzmangel gekennzeichnet. Hildesheim ist besonders stark betroffen. Wir Freien Demokraten setzen uns auf kommunaler Ebene für zusätzliche Frauenhäuser ein.

Vor dem Hintergrund immer wieder aufkommender Missbrauchsskandale setzen wir uns außerdem für die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle als Anlaufpunkt für Missbrauchsfälle ein.

## **N. Nachhaltige Haushaltspolitik**

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine nachhaltige Haushaltspolitik ein. Wir fordern auch in finanziell angespannten Zeiten eine strikte Einhaltung des gesetzlich verankerten Verschuldungsverbots und einen planmäßigen Schuldenabbau. Als Freie Demokraten setzen wir auf strukturelle Korrekturen, öffentliche Aufgabenreduzierung und Effizienzsteigerung durch eine moderne Verwaltung. Das Bekenntnis zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik resultiert für uns nicht nur aus einem wirtschaftlichen Grundverständnis, sondern ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit. Mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik ermöglichen wir der nächsten Generation ihre Heimat gestalten zu können.

\*\*\*\*\*